

Ausgabe II-2006

julix News

Sommerzeit = Shirt-Shopping-Site!

zum Beispiel auf www.julis.de



Grußwort	Zur Ruhe kommen – Die FDP nach den Landtagswahlen 2006	1
aus dem Landesvorstand	Liberales Sachsen-Anhalt	2
aus den Kreisverbänden	Politik, ja bitte!	3
	Der Fünfjahresplan	4
	Statement zur Wahl	5
Bundes -JuLis	32. Bundeskongress in Regensburg: Verlauf	7
FDP und Co.	Der Landtag und die FDP Fraktion in der Fünften Wahlperiode	8
	Schizophren: Das ewige Thema Studiengebühren	10
Liberales ABC	Bürgergesellschaft	11
	Demokratie	11
Theorie und Politik	Die Frankfurter Schule	12
Bedeutende Liberale	Eugen Richter: Ein konsequenter Liberaler	15
Netznews	auswaertiges-amt.de/sprichwort.ch/fifworldcup.com/verkehrsportal.de	17
Termine& Impressum	Der Juli ist Unser Monat: Der JuLi-Aktionsmonat!	14

Zur Ruhe kommen – Die FDP nach den Landtagswahlen 2006

Der 26. März 2006 brachte Ernüchterung. Die FDP erreichte 6,7% der abgegebenen Zweitstimmen. Die Fraktion der Liberalen im Landtag von Sachsen-Anhalt wird zukünftig aus sieben Abgeordneten bestehen. – An dieser Stelle einen herzlichen Glückwunsch an die neu gewählten Abgeordneten.

Was ist nun die Konsequenz aus einem solchen Ergebnis? Problemanalyse – Problemlösung! Doch die FDP in Sachsen-Anhalt macht erst einmal dicht. „Eigene Probleme sind nicht zu erkennen“ – so einer von vielen O-Tönen liberaler Spitzenpolitiker. Die Julis positionieren sich hier schnell und klar. Der Landesvorstand verabschiedet bereits vier Tage nach den Landtagswahlen ein Positionspapier. Wir benennen Probleme und stellen Lösungsansätze vor. Doch nichts geschieht und still ruht der See. Nur einen Tag

später zerfleischt sich die Landtagsfraktion bis aufs Mark.

Unter diesen Umständen erscheinen die 6,7% vom 26.03.2006 nahezu geschmeichelt. Lange dauert es bis die Partei einen zaghaften Versuch unternimmt auf einer Kreisvorsitzendenkonferenz in den notwendigen Diskussionsprozess einzusteigen. Die FDP schien Chancen zu verspielen bei den kommenden Wahlen zuzulegen.

Mit großer Spannung sowohl innerhalb als auch außerhalb der Partei wird der Landesparteitag in Bitterfeld erwartet. Der Parteitag wird zur letzten Chance der FDP sich wieder aufzurichten. SIE NUTZT SIE. Sie zeigt sich kritikfähig. Besonders einige Kreisverbände, wie Dessau und Wernigerode, nutzen die Chance, sich Luft zu verschaffen. Besonders scharf geht man

mit den Umständen der Fraktionsvorstandswahlen ins Gericht. Eine Reihe von Abgeordneten – unter Ihnen auch der neu gewählte Fraktionschef Paqué, sowie der bisherige Fraktionsvorsitzende Wolpert – nutzen die Chance in die Zukunft zu schauen und der Partei Mut zu machen. Wolpert trifft dabei den Nerv der Partei und versammelt die Partei hinter sich. Die Julis setzen sich mit einem Antrag zur Einrichtung der längst beschlossenen Grundsatzkommission durch und erhalten den Vorsitz der Kommission. Die weitere Antragsberatung erfolgt wie gewöhnlich unemotional. Eigentlich ein langweiliger Parteitag.

Aber die Landespartei hat deutlich gemacht, mit uns ist zu rechnen. Nun ist es an der Fraktion inhaltlich zu arbeiten und wahrgenommen zu werden. Ob dies in allen 7 Fällen

gelingt ist unsicher und bleibt abzuwarten. Klar ist, die Partei muss zur Ruhe kommen. Und sie wird es. Die Julis werden diesen Prozess – wie gewöhnlich – konstruktiv und kritisch begleiten.



Stefan Thurmann
- Landesvorsitzender der Julis -

LIBERALES SACHSEN-ANHALT

Im Sachantrag 3 beschloss der Landesparteitag der FDP in Bitterfeld die Einrichtung einer Kommission zur Erarbeitung eines neuen Grundsatprogramms für den Landesverband. Den Vorsitz der Kommission soll ein Mitglied der Jungen Liberalen auf Vorschlag der Landesvorsitzenden Cornelia Pieper übernehmen.

Die Grundsatzkommission war notwendig, wenn nicht sogar überfällig. Zu lange hat die Partei die inhaltliche Arbeit verdrängt oder auf Landesfachschüsse abgewälzt, die lediglich ihr Thema bearbeiteten. Die Landes-FDP braucht neue Visionen. Es gibt zu viele Fragen – jenseits der Tagespolitik – auf die FDP derzeit keine aktuellen Antworten geben kann. Die Grundsatzkommission ist auch eine Chance für die Jungen Liberalen. Wir werden stark vertreten sein und die Ausrichtung des Programms beeinflussen können.

Die Kommission ist beauftragt bis zum Parteitag im Jahr 2008 ein Programmentwurf vorzulegen. Bis dahin ist es ein langer Weg neue Visionen für ein Liberales Sachsen-Anhalt zu entwickeln.

Wie sieht es aus:

- Das liberale ländliche Sachsen-Anhalt?
- Das liberale Bildungsland Sachsen-Anhalt?
- Das liberale Kulturland Sachsen-Anhalt?
- Das liberale Familienland Sachsen-Anhalt?
- Der liberale Wirtschaftsstandort Sachsen-Anhalt?
- Das liberale Bürgerland Sachsen-Anhalt?

All diese und viele weitere Fragen stehen zur Beantwortung. Die Grundsatzkommission hat viel Arbeit vor sich. Sie wird sie meistern (müssen).

LANDKREISE UND ABGEORDNETE

Diese Seite befindet sich derzeit in Bearbeitung.

FRAKTIONS-VORSTAND

Fraktionsvorsitzender

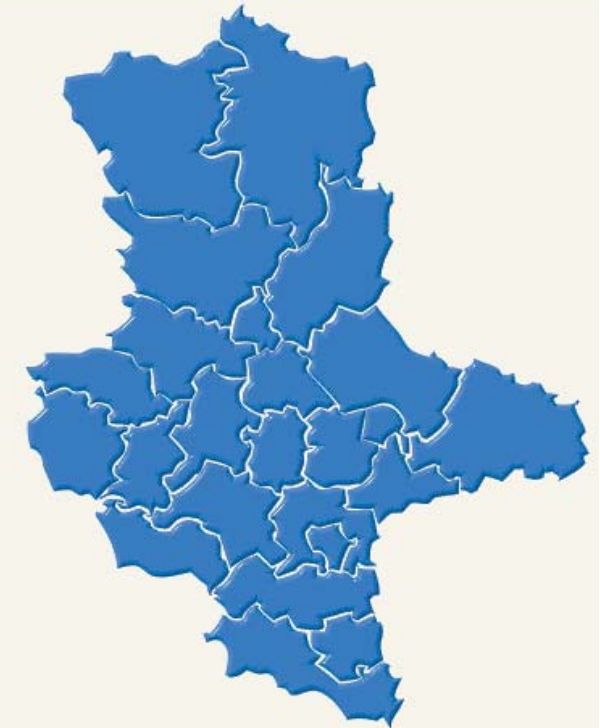
Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender

Johann Hauser

Parlamentarischer Geschäftsführer

Lutz Franke



ein Screenshot der Seite
www.fdp-fraktion-lsa.de

von Stefan Thurmann
-Landesvorsitzender der JuLis-

Politik, ja bitte!

Seien wir doch mal ehrlich, wie viele Jugendliche interessieren sich heutzutage noch für Politik? Da liegt die Idee nicht so nah, dass sich 14-jährige einer Jugendpartei anschließen. Wir haben diesen Schritt gewagt und sind positiv überrascht. Man denkt immer man trifft sich vielleicht einmal im Monat und bespricht die allernötigsten Dinge. Aber schon nach sehr kurzer Zeit mussten wir unsere Meinung revidieren...

Die Anmeldung bei den JuLis übers Internet war da schon mal das Erste: wir dachten, wir müssten da ein Anmeldeformular ausfüllen. Dann bekamen wir eine Einladung zum Regionalstammtisch der Julis. Wir wussten ja nicht, was auf uns zu kommen würde. Also gingen wir ganz unvoreingenommen hin. Das erste Positive daran: Wir wurden mit offenen Armen empfangen, was dazu führte, dass unsere Aufgeregtheit nachließ. Wir lernten die

anderen JuLis kennen und auch vieles Neues. Man hat uns gleich darauf hingewiesen, dass wir unsere Ideen mit einfließen lassen könnten, was wir toll fanden. Es war schon verblüffend, als unsere Ideen auch gleich angenommen wurden.



Nach der Gründungsveranstaltung: Juli-Landesvorsitzender Stefan Thurmman (von links), FDP-Landesvorsitzender Dr. Uwe Schrader, Bezirkskreis-Juli-Vorsitzender Georg Junghans, Robert Frysch, Anne Daehre, Landtagsmitglied Guido Kosmehl. Foto: Mari...

Bericht der Volksstimme über die Gründung des neuen JuLi-Kreisverbandes Börde - v.l.: Stefan Thurmman, Dr. Uwe Schrader, Georg Junghans, Robert Frysch, Anne Daehre und Guido Kosmehl

Am darauf folgenden Samstag wurde unser Kreisverband „Börde“ gegründet. Dort haben wir die Satzung beschlossen. Durch die anwesende Presse bekam die Gründung auch einen offiziellen Touch. Eine Woche nach

„unserer“ Gründung wurde der Kreisverband „Salzland“ aufgebaut. Wir stellten fest, dass die JuLis großen Wert darauf legen, dass Strukturen „stimmen müssen“ – so wurden zum Beispiel die neuen Kreisstrukturen nach der Kreisgebietsreform bei den Kreisverbänden der LuLis mit einbezogen.

Es gibt so einiges bei der Gründung eines neuen Kreisverbandes zu beachten, zum Beispiel, dass man Beisitzer benötigt. Wir waren auch von Jens Ackermann begeistert, der in unserem Kreisverband Mitglied wurde – ein Bundestagsabgeordneter, von dem wir bestimmt noch sehr viel lernen können. Auf der Gründung wurde uns auch viel Hilfe angeboten und das nicht nur von anderen Kreisverbänden, sondern auch von Mitgliedern der FDP. Positiv empfanden wir die vielen Treffen des Regionalstammtisches: einmal in der Woche – das überraschte uns.

Dabei konnten und können wir unsere Ideen einbringen und man wird ernst genommen und verstanden. Man ist auch ernsthaft bei der Sache, zum Beispiel bei dem Wahlkampf. Man organisierte einen 12h-Stand, welcher uns sehr verwunderte, weil wir dachten ein, zwei Stunden würde denen auch reichen. Im Wahlkampf halfen wir den FDP-Spitzenkandidaten indem wir Flyer austeilten, gemäß nach dem Motto „Eine Hand wäscht die andere!“. Fürs bessere Kennenlernen wurde gegrillt, was auch die private Ebene verbessert.

Wir waren sehr beeindruckt von den Mitgliedern der Julis - dass sich junge Menschen dafür begeistern können, begeistern für POLITIK! Wir dachten wir sind da eine Randerscheinung, aber wir mussten feststellen, dass das nicht so ist, wie so vieles...

von:

Anne Daehre und Ulrike Köhler

Der Fünfjahresplan

Hurra! Überholen ohne einzuholen, dies ist das Motto der neuen Regierungspartei in Sachsen – Anhalt. Gerade ist die Koalitionsbeteiligung der SPD in trockenen Tüchern schon ruft Herr Bullerjahn das Ziel der Abschaffung des Bundeslandes, welches er regiert, wieder aus.

Zentrale Wege zur Planerfüllung:

1. Indem die drei armen Bundesländer Sachsen, Sachsen – Anhalt und Thüringen „zusammenwachsen“ entsteht automatisch ein reiches Bundesland „Mitteldeutschland“.
2. Aus vielen guten und anerkannten Hochschulen entsteht durch Zentralisierung eine „weltweit anerkannte“ Universität.
3. Durch diese Zentralisierung, und geheime weitere Maßnahmen, wird nicht nur die Abwanderung von jungen und qualifizierten Mitmenschen gestoppt, Massen junger, qualifizierter Bürger werden mit „einer Top-Kinderbetreuung und vielen Lehrkräften“ in unser Land „gelockt“.

Was außer Kinderbetreuung und vielen Lehrkräften braucht der Mensch denn auch noch zum Glück?

Genossen, so zeigen wir es dem Westen, denn „nach 1990 hat dieser die besten jungen Leute aus dem Osten geholt, zukünftig soll es umgekehrt sein“. Nur durch gezielte Zuwanderung kann der zu erwartende Arbeitskräftemangel abgewendet werden.

Davon, dass Herr Bullerjahn, der neue Visionär der Linken, über die Mittel zur Umsetzung dieser Fantasie verfügt, ist angesichts seiner Ausbildung als Matrose und Elektroingenieur nicht zu zweifeln.

Welch ein Glück für unser Land, dass solch ein Mann zukünftig Finanzminister von Sachsen – Anhalt ist.

Mit Herrn Bullerjahn und unserem Lieblingsopa Böhmer (CDU) können wir alle den Koalitionsvertrag bis 2011 nur übererfüllen und so kollektiv zu „Helden der Arbeit“ mutieren.

Alle Zitate stammen von Jens Bullerjahn.



Glück auf!
Marcus Faber

Statement zur Wahl

Liebe JuLis,
die Landtagswahl ist vorbei. Da ich - zusammen mit vielen anderen aus unseren Reihen - in vorderster Front stand und bis zum Wahltag auch guter Dinge war, möchte ich einige Gedanken zu Papier bringen.

Für die FDP und somit auch für uns JuLis hat die Wahl leider nicht das Erhoffte gebracht. Zwar hat es für unseren Spitzenkandidaten Guido mit 6,7 Prozent der Zweitstimmen gereicht, um wieder in den Landtag einzuziehen, dennoch hat schwarz-gelb keine Regierungsmehrheit mehr. Über die 6,7 Prozent bin ich dabei zu Anfang mehr als nur enttäuscht gewesen, da ich bis zum Mittag des Wahltages fest an acht, neun oder auch zehn Prozent geglaubt habe. Ich konnte mir nicht vorstellen, dass vier Jahre gute Regierungsarbeit so wenig Früchte tragen würden - und verstehe es heute immer noch nicht. Nüchtern betrachtet

sind 6,7 Prozent allerdings auch nicht so schlecht, als das man deswegen den Kopf in Sand stecken müsste. Wir sind eine feste Größe im Landtag, was auch nicht in allen Bundesländern der Fall ist.

Der Wahlausgang ist dennoch mehr als nur bedauerlich. Die schwarz-gelbe Regierung hat in den letzten vier Jahren mehr als alle anderen erreicht, das Sachsen-Anhalt nicht mehr das Land der Verlierer in Deutschland ist. Diesen Titel dürfen sich nun rot-rot regierte Bundesländer nehmen. Es steht zu befürchten, dass der Schwung und die Dynamik der letzten Jahre jetzt ein abruptes Ende finden wird. Die ohnehin schon träge CDU mit ihrem trägen Ministerpräsidenten und ihrer ebenso - bis auf einige lobenswerte Ausnahmen - trägen Landtagsfraktion wird mit der nicht minder bewegungsmüden und personell erlahmten SPD eine Koalition der Schläfrigkeit eingehen.

Das Ergebnis werden fünf lange Jahre voller Stillstand, weiterer Abwanderung und Brain-Drain sein. Denn: wer will schon in einem Bundesland leben, das von seiner Führung aufgegeben wurde? Vor allem dem neuen Finanzminister Bullerjahn, der stets den Niedergang predigt, fällt ausser Untergangsprognosen nichts weiter als „Auflösen“ ein. Aber auch der nicht sehr loyale Ministerpräsident, der in mehreren Situationen mehr von der FDP als von seinen eigenen Leuten gestützt wurde, ist kein Innovator. Der Motor in der Regierung ist jetzt weg - diese Entscheidung hat eine knappe Mehrheit der Wähler bedauerlicherweise so getroffen.

Interessanterweise ist die CDU immer noch einfältig und kurzsichtig genug, sich für den Wahlsieger zu halten. Das ist sie nicht. Die CDU hat mit einem halbwegs unbekanntem Kandidaten für das Ministerpräsidentenamt vor

vier Jahren ein gutes Wahlergebnis geholt. Und heute, mit einem allseits beliebten Ministerpräsidenten, ist ihr Wahlergebnis schlechter als 2002. Viel schlimmer noch ist allerdings, dass die CDU problemlos erpressbar geworden ist. Sie hat keinen Verbündeten im Landtag, dazu ist die FDP nicht stark genug. Und der SPD steht jederzeit das Bündnis mit der PDS offen, etwa um Forderungen gegenüber der CDU durchzusetzen. Und sollte die CDU irgendwann einmal nicht mehr mitspielen können, dann können die Sozialdemokraten mit den Sozialisten ohne Probleme Koalitionsverhandlungen durch die Freunde Bullerjahn und Gallert aufnehmen. Die CDU steht dann ganz schnell ganz dumm da. Man darf nicht übersehen: es gibt eine rot-rote Mehrheit im Landtag, keine bürgerliche.

Fortsetzung: Statement zur Wahl

Klar ist, dass die FDP bei dieser Wahl unter ihren Möglichkeiten geblieben ist. Es stellt sich allerdings die Frage, was wir hätten besser machen können? Unsere Wahlkampfstrategie, die Kampagne, der Spitzenkandidat, die Listenkandidaten und die Wahlkreis-kandidaten wurden in den jeweiligen Gremien mit großer Übereinstimmung beschlossen. Die JuLis und die FDP waren in sich und miteinander geschlossen und wir haben einen guten Wahlkampf geführt, der auf Augenhöhe mit denen von CDU, SPD und PDS lag. Trotz dessen, das wir viel weniger Mitglieder als die größeren Parteien haben, waren wir genauso präsent wie diese. Viele Helfer haben Plakate geklebt und aufgehängt, Flyer verteilt, Wahlinfostände gemacht, Veranstaltungen organisiert, Diskussionen geführt, Überzeugungsarbeit geleistet. Schlechter als 2002 war dieser Wahlkampf von uns aus sicher nicht. Aber er fügte sich in die allgemein desin-

teressierte und müde Stimmung ein. Ob wir hier mehr hätten tun können, um das Klima zu verbessern, ist sicher fraglich. Auch drei Wochen nach der Wahl fällt mir wenig ein, was wir hätten anders, besser machen können. Wer jetzt behauptet, er hätte alles anders gemacht, hätte dies vorher kundtun müssen. Nachher sind zwar alle schlauer, aber es hilft unserem liberalen Anliegen nicht, sich nun im Nachhinein über unseren Wahlkampf zu streiten. In Ruhe diskutieren ist angebracht.

Wichtig ist daher jetzt, das sich JuLis und FDP in Sachsen-Anhalt in Ruhe konsolidieren. Dafür haben wir genug Zeit und Gelegenheit. In den nächsten Jahren sollten wir neue Mitglieder gewinnen, unsere Positionen in Städten und Gemeinden ausbauen, Kreisverbände besser aufstellen, ein Grund-satzprogramm entwerfen und dieses den Menschen kommunizieren. Wir

als Liberale sind die einzige(!) bürgerliche Kraft in diesem Land, die sich unbedingt der Freiheit verpflichtet fühlt. Unsere staatsgläubigen politischen Mitbewerber im Landtag sind nicht geeignet, die Kraft der Freiheit in den Köpfen der Menschen zu entfesseln, die es doch so nötig braucht um ein Land erfolgreich zu machen. Das wir das können, haben wir bereits gezeigt. Die Menschen davon wieder zu überzeugen ist unsere wichtigste Aufgabe in den nächsten Jahren.



Mit herzlichen Grüßen,
Christian Metzeler,
Schatzmeister JuLis Magdeburg

32. Bundeskongress in Regensburg: Verlauf

Am 31. März bis zum 2. April fand in Regensburg der 32. Bundeskongress der JuLis statt.

Die sechs Delegiertenstimmen aus Sachsen – Anhalt konnten von den vier angereisten Delegierten Juliane Pils-ter, Svenja Sörensen, Hendrik “Udo“ Ritter (alle KV Md) und Marcus Faber (KV SDL) größtenteils wahrgenom-men.

Bereits am Freitagabend konnten wir den Ausführungen der FDP-Landes-vorsitzenden Bayern, Frau Leutheu-ser-Schnarrenberger, lauschen, wel-che sich nicht erst seit ihrem Rücktritt als Justizministerin, aus Protest gegen den großen Lauschangriff, bei den Ju-Lis großer Beliebtheit erfreut.

Turnusgemäß wurde auch der Bun-desvorstand der Jungen Liberalen neu

gewählt. Dabei wurde der bisherige Bundesvorstand um Johannes Vogel (LV NRW) bis auf Christian Baur (LV Berlin), der nicht erneut zur Wahl antrat, im Amt bestätigt. Als neues Vorstandsmitglied kandidierte Peg-gy Bellmann (LV Sachsen) im ersten Wahlgang ohne Gegenkandidaten, wurde allerdings nicht gewählt. Im zweiten Wahlgang kandidierte Chris-tine Schulze-Grotkopp (LV NRW) ge-gen sie. Letztere konnte sich im dritten Wahlgang, in dem Peggy nicht mehr antrat, durchsetzen.

Neben den Vorstandswahlen wurde auf dem Bundeskongress am Samstag und Sonntag programmatische Anträge beraten. Unter anderem beschlossen die JuLis den Leitantrag zum Thema „Freiheit wahren - Terrorismus be-kämpfen“, einen weit reichender An-trag zur Umweltpolitik und zahlreiche

weitere Anträge, etwa zur Iranpolitik oder Organspendenproblematik. Die genauen Antragstexte der beschlosse-nen Anträge lassen sich in der



Beschlussammlung (www.julis.de) nachlesen. Abgerundet wurde der Kongress durch die Gäste Bruno Schir-ra (CICERO), der uns passend zum Leitantrag über die globalen Möglich-keiten des organisierten islamischen Fanatismus aufklärte, und Wolfgang Gerhardt, den damaligen Vorsitzen-

den der Bundestagsfraktion.

Auch die Party am Samstagabend hielt für viele was sie versprach, was sich, wie üblich, auch auf die Beteiligung zur Wiedereröffnung des Kongresses am Sonntagmorgen auswirkte.

Gegen Mittag, zur Vorstellung der neu-en Werbemittel (die ebenfalls unter www.julis.de einsehbar sind) waren die Meisten dann jedoch wieder ent-giftet und voller Tatendrang.



von Marcus Faber
Kreisverband Stendal

Der Landtag und die FDP Fraktion in der Fünften Wahlperiode

Am 24. April 2006 hat sich der neu gewählte Landtag der Fünften Wahlperiode konstituiert. Auf Grund des Wahlergebnisses der Landtagswahl vom 26. März 2006 setzt sich der Landtag von Sachsen-Anhalt wie folgt zusammen: CDU 40 Sitze, Linkspartei.PDS 26 Sitze, SPD 24 Sitze und FDP 7 Sitze. Mit der Bildung der CDU/SPD steht der Koalition mit 64 Stimmen, eine Opposition mit 33 Stimmen gegenüber. Die absolute Mehrheit beträgt 49 Stimmen.

Apropos Opposition, in eben dieser findet sich nach dem schlechten Wahlergebnis von 6,7 % auch die FDP wieder. Sicher wird jeder in der FDP froh sein, dass die FDP wieder in den Landtag von Sachsen-Anhalt eingezogen ist, was bisher keinem FDP Landesverband in Ostdeutschland gelungen war. Und sicher wird jeder zustimmen, dass

die 13,3 % der Landtagswahl 2002 ein überragendes und herausragendes Ergebnis war. Und doch, unsere selbst gestreckten Wahlziele, 10% und Fortsetzung der Koalition mit der CDU, haben wir deutlich verfehlt. Nach der Wahl ist bekanntlich vor der Wahl. Wenn wir 2011 Erfolg haben wollen, ist es auch meiner Sicht notwendig ja unumgänglich eine Analyse des Wahlergebnisses und des Wahlverhaltens durchzuführen. Dies muss zügig und gründlich geschehen. Der Landesparteitag in Bitterfeld kann nur der Auftakt gewesen sein, alle Mitglieder aber auch die liberalen Vorfeldorganisationen sind aufgerufen sich zu beteiligen.

6,7% der Wählerstimmen bedeuten, in dem zur neuen Wahlperiode von 99 auf 91 Sitze verkleinerten Landtag, nur 7 Mandate für die FDP. Die Tatsache, dass die CDU mehr Direktmanda-

te (40 von 45) gewonnen hat, als ihr nach Zweitstimmenanteil (36,6 %) Mandate zustehen würden, führte nur bei Linkspartei.PDS und SPD zu Ausgleichsmandaten, die FDP ging „leer“ aus.



Konstituierung der Gremien

Die FDP Fraktion der Fünften Wahlperiode ist von 17 auf 7 Abgeordnete geschrumpft. Die Fraktion hat auf ihrer ersten Sitzung einen komplett neuen Fraktionsvorstand gewählt. Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué (Fraktionsvorsitzender), Johann Hauser (stellvertretender Fraktionsvorsitzender) und Lutz Franke (Parlamentarischer Geschäftsführer) führen die FDP in den kommenden 2 Jahren an. Hinzu kommen

noch Gerry Kley, Veit Wolpert, Lydia Hüskens und Guido Kosmehl.

Der Landtag hat mittlerweile seine Gremien gewählt und bestimmt. Neuer Landtagspräsident ist Dieter Steinecke (CDU), ihn vertreten die bisherigen Vizepräsidenten Dr. Helga Paschke (Linkspartei.PDS) und Rüdiger Fikentscher (SPD). Der Landtag hat in seiner Geschäftsordnung die Einrichtung von 11 ständigen Ausschüssen beschlossen (siehe Grafik). Diese haben sich bereits konstituiert und ihre Arbeit aufgenommen. Die FDP ist in jedem Ausschuss mit einem Abgeordneten vertreten. Der Ehrenvorsitzende der Julis Sachsen-Anhalt Gerry Kley ist neuer Vorsitzender des Ausschusses für Umwelt.

Fortsetzung: Der Landtag und die FDP Fraktion in der Fünften Wahlperiode

FDP als Oppositionskraft

Ohne schon jetzt zu resignieren, bleibt doch nüchtern festzustellen, die FDP als kleinere Oppositionskraft wird es schwer haben, in der „medialen“ Öffentlichkeit stattzufinden. Die FDP ist gleichwohl einer konstruktiven Opposition verpflichtet. Eine erste Einschätzung des Koalitionsvertrages zwischen CDU und SPD ergibt nur wenige Angriffspunkte. Im wesentlichen Punkten aller Politikbereiche führt „schwarz/rot“ fort, was „schwarz/gelb“ begonnen hat. Die Aufgabe der neuen Landtagsfraktion wird also darin bestehen, die Koalition anzutreiben und aufs Tempo zu drücken. In den wenigen Punkten, in denen schwarz/rot eine andere Politik angekündigt hat, werden wir liberale Programmatik entgegen stellen. Zur Stärkung sind die LFAs aber auch die Julis aufgerufen unsere Programmatik zu aktuellen Themen weiter zu schärfen.

Ausschuss für Inneres



Guido Kosmehl

Recht und Verfassung



Veit Wolpert

Wirtschaft und Arbeit



Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué

Petitionen



Lutz Franke

Finanzen



Dr. Lydia Hüskens

Bildung, Wissenschaft und Kultur



Gerry Kley

Landwirtschaft und Forsten



Johann Hauser

Umwelt

Gerry Kley

Soziales

Dr. Lydia Hüskens

Landesentwicklung und Verkehr

Veit Wolpert

Bundes- & Europaangelegenheiten sowie Medien

Guido Kosmehl

von Guido Kosmehl

Schizophrenen: Das ewige Thema Studiengebühren

Koalitionsvertrag zwischen SPD und CDU sichert vorerst bis 2011 ein gebührenfreies Studium

„Ja bin ich den total besteuert“ war der Titel eines Wahlplakates der Bundes-FDP. Man zählte die verschiedenen Steuerarten auf und kam auf eine stolze Summe an Steuerarten, die dem unbedarften Betrachter ein unwillkürliches Kopfschütteln entlocken musste. Die Steuerbelastung in Deutschland sei viel zu hoch, das geltende Steuerrecht kaum noch verständlich. Auch Spitzenkandidat Paqué versuchte in Sachsen-Anhalt mit einer Steuerkampagne zu punkten.

Alles gut und schön, vor allem auch strategisch, denn wer will schon mehr Steuern bezahlen. Es wäre aber ungerade, die Kampagne auf Wahlkampf-taktik zu reduzieren.

Denn nur ein „schlanker“ Staat ist zukunftsfähig und sozial. Er gewährt seinen Bürgern mehr Freiheit, gibt ihnen mehr Verantwortung und lässt ihnen mehr Geld in der Tasche. Wenn der Staat nicht alles regeln will, kann er seine Hauptaufgaben besser erfüllen: den Rahmen setzen, damit Markt und Wettbewerb funktionieren.

Deshalb kann ein solcher Schwerpunkt in liberaler Finanzpolitik nur richtig sein.

Da man sich aber nicht dazu durchringen kann, endlich staatliche Aufgaben in vernünftigen Größenordnungen abzugeben, fehlt das Geld an allen Ecken und Enden. Bequeme Lösung der Politik: Statt Reformen gibt es Steuererhöhungen in Form von Gebühren auf staatliche Leistungen.

Müll, Wasser, Kindergarten, Amtshandlungen wie Widerspruchsgebühren, Praxisgebühr im Gesundheitswesen, GEZ und Studiengebühren, um nur einige zu nennen.

Und trotzdem ist es fragwürdige Mode bei der FDP und den JuLis, sich auf das Thema Studiengebühren wie der sprichwörtliche Geier auf das Aas zu stürzen und in einen Wettbewerb einzutreten, wer die höchsten Studiengebühren fordert.

Begründet wird das mit einer zu erwartenden Verbesserung der Studienbedingungen an den Hochschulen, weil mehr Geld da sei und der Student zum Kunden werde. Auch andere dem Thema angemessen akademisch geführte Argumente werden angeführt, die ja hinreichend bekannt sind.

Man hätte es vor Jahren nicht für möglich gehalten: Diskutiert wird in einem liberalen Jugendverband und einer Partei, wie man durch Steuererhöhungen die Bildung verbessern will. Es geht nicht um Inhalte oder Strukturen. Es geht einzig und allein um die Frage der Finanzierung, um die Frage der Höhe von Gebühren einer Verwaltung.



von Peter Kehl

Bürgergesellschaft

Ja, Bürgergesellschaft, aber lieber nicht „Zivilgesellschaft“.

Die heute im politologischen Sprachgebrauch so beliebte Zivilgesellschaft ist eine Übertragung aus dem Englischen. In der „civil society“ ist „civis“, der Bürger, ganz deutlich zu erkennen, während im Deutschen „zivil“ eher einen Gegensatz zum Militärischen meint. Civil society ist nichts anderes als die Bürgergesellschaft, und die macht das Herzstück des Liberalismus aus. Der liberale Bürger ist derjenige, der sich über die Teilnahme an Wahlen und das Steuerzahlen hinaus dem Gemeinwesen verpflichtet weiß. Er kommt für sich selbst auf, und er ist auch jenseits der eigenen Interessen im Ehrenamt, im politischen Amt, in sozialem oder kulturellem Engagement tätig. Je mehr Bürger dieses Zuschnitts es gibt, desto lebendiger ist die Bürgergesellschaft.

Heinz Murmann

Demokratie

Demokratie, schrieb Karl Herrmann Flach, sei eine Frage der Herrschaftsform, Liberalismus dagegen eine Auffassung vom Herrschaftsgrad.

Dem Liberalismus geht es um die Freiheit, und Freiheit ist in erster Linie Selbstbestimmung und erst in zweiter Linie Mitbestimmung. Das heißt: wo Kollektiv-Entscheidungen nicht unumgänglich sind, da sollen sie auch nicht stattfinden, denn da ist die selbstbestimmte Individual-Entscheidung allemal die freiheitlichste Lösung.

Wo aber Kollektiv-Entscheidungen sein müssen, da ist die freiheitverträglichste Methode die Mehrheits-Entscheidung. Das Mehrheitsprinzip allein macht also noch keine liberale Demokratie: sie muss begrenzt sein auf notwendige Kollektiv-Entscheidungen, und wesentliche Bereiche, wie insbesondere die Privatsphäre der Bürger, müssen dem Zugriff der Mehrheit ein- für allemal entzogen

sein. Anders ausgedrückt: Demokratie ohne Rechtsstaatlichkeit degeneriert fast unausweichlich zur Tyrannei der Mehrheit. Illiberaler geht's nicht.

Gerhart Raichle

Die Frankfurter Schule

Vor und während des Zweiten Weltkrieges entstand und etablierte sich durch u.a. Theodor Adorno, Erich Fromm, Max Horkheimer und Herbert Marcuse das Frankfurter Institut für Sozialforschung. Der Anspruch der so genannten Frankfurter Schule war der Versuch die marxistische Gesellschaftstheorie sowohl philosophisch-historisch als auch psychoanalytisch neu zu interpretieren. Aus ihr ging letztendlich die kritische Theorie hervor, die bis heute in der Wissenschaft sowie im wissenschaftlichen Diskurs eine nicht zu vernachlässigende Rolle spielt.

Ideologiekritik

Das Institut leistete wesentliche Beiträge in Forschungsgebieten, die sich auf die Möglichkeit rationalen Handelns menschlicher Subjekte beziehen, um beispielsweise durch rationales Handeln die Kontrolle über Gesellschaft und Geschichte zurück zu gewinnen.

Der erste Forschungsschwerpunkt bestand in der Untersuchung sozialer Phänomene, die vom klassischen Marxismus als Teil des Überbaus oder der Ideologie angesehen werden: Persönlichkeit, Familie, Autoritätsstrukturen (die erste Veröffentlichung des Instituts trug den Titel Studien über Autorität und Familie) und die Bereiche Ästhetik und Massenmedien. Die Studien sahen mit Sorge auf die Möglichkeit des Kapitalismus, die Voraussetzungen eines kritischen, revolutionären Bewusstseins zu zerstören.

Damit war die Ideologiekritik zu einem scharfsinnigen Verständnis der Mechanismen gelangt, in der sich soziale Herrschaft selbst aufrechterhält. Eine Kernerkenntnis der Kritischen Theorie war formuliert: Ideologie ist eine der Grundlagen sozialer Strukturen.

Einen überwältigenden Einfluss auf die (insbesondere die amerikanische)

Sozialwissenschaft erreichten das Institut und seine Mitarbeiter mit der Schrift Die autoritäre Persönlichkeit, in dem ausführliche empirische Untersuchungen mithilfe soziologischer und psychoanalytischer Kategorien durchgeführt wurden, die die Kräfte charakterisieren sollten, die Individuen dazu führen, sich faschistischen Bewegungen oder Parteien anzuschließen oder diese zu unterstützen. Die Studien der autoritären Persönlichkeit kamen zum Ergebnis, dass die Behauptung der Existenz von Universalien oder einer (jeweils beanspruchten) Wahrheit ein typisches Kennzeichen (F-Skala) faschistischer Weltanschauung sei. Indem jeder Begriff eines höheren Ideals oder eines gemeinsamen Ziels der Menschheit in Frage gestellt wurde, förderte Die autoritäre Persönlichkeit in herausragender Weise die Entstehung einer Alternativkultur in den westlichen demokratischen Industrieländern.

Dialektik als Methode

Das Wesen des Marxismus selbst bestimmte den zweiten Schwerpunkt des Instituts. Diesem Zusammenhang entsprang das Konzept einer kritischen Theorie. Der Ausdruck vermittelt mehrere Vorhaben. Erstens steht er in Spannung zu einem traditionellen Verständnis von Theorie, das weitgehend positivistisch oder szientistisch war. Zweitens erlaubte es der Ausdruck, sich der politisch aufgeladenen Konnotation des Etiketts ‚Marxismus‘ zu entziehen. Drittens verband es die Kritische Theorie mit der Kritischen Philosophie Immanuel Kants, wobei der Ausdruck ‚kritisch‘ die philosophische Reflexion über die Grenzen der Anforderungen bedeutet, die an eine bestimmte Art von Wissen gestellt werde, und eine direkte Verbindung zwischen dieser Kritik und der Betonung moralischer Autonomie herstellte. In einem intellektuellen Kontext, der durch dogmatischen Positivismus

Fortsetzung: Die Frankfurter Schule

und Scientismus auf der einen Seite und dogmatischem „wissenschaftlichen Sozialismus“ auf der anderen Seite bestimmt war, bedeutete kritische Theorie schließlich die Orientierung auf ein revolutionäres Subjekt zu einer Zeit, als dieses im Niedergang zu sein schien – oder zumindest die Orientierung auf seine Möglichkeit – durch eine philosophisch kritische Annäherung zu rehabilitieren.

Vor dem Hintergrund sowohl der marxistisch-leninistischen als auch der sozialdemokratischen Orthodoxie, die im Marxismus eine neue Art der positiven Wissenschaft sahen, griffen die Frankfurter auf die von Marx implizierte Erkenntnistheorie zurück, die sich selbst als Kritik verstand, wie im Untertitel von Marx' *Kapital, Kritik der politischen Ökonomie* deutlich wird. Sie betonten, dass es Marx' Anliegen gewesen sei, eine neue Art von kritischer Analyse zu schaffen, die sich mehr an der Einheit von Theorie und revolutionärer Praxis orientierte als

am Konzept einer neuen Art positiver Wissenschaft.

In den 1960er Jahren erhob Jürgen Habermas die erkenntnistheoretische Diskussion in seiner Schrift „Erkenntnis und Interesse“ auf eine neue Ebene. Er identifizierte kritisches Wissen als auf Prinzipien beruhend, die sich sowohl von denen der Naturwissenschaften als auch der klassischen Philologie durch ihre Orientierung an Selbstreflexion und Emanzipation unterscheiden.

Die zweite Phase der kritischen Theorie der Frankfurter Schule kristallisiert sich in zwei Werken, die zu Klassikern der Denkweise des 20. Jahrhunderts wurden: Die „Dialektik der Aufklärung“ von Horkheimer und Adorno sowie die „Minima Moralia“ Adornos. Beide Werke entstanden während des Exils der Autoren in den USA zur Zeit des Nationalsozialismus. Obwohl beide an der marxistischen Analyse festhalten, zeichnet sich in den Werken eine

Akzentverlagerung der Kritischen Theorie ab. Aus der Kritik des Kapitalismus wird zunehmend eine Kritik der westlichen Zivilisation als Ganzes. In der Dialektik der Aufklärung wird die Odyssee zum Paradigma für die Analyse bürgerlichen Bewusstseins. Horkheimer und Adorno schnitten bereits in diesen Werken Themen an, die das Denken bis in die jüngste Zeit beherrschen. So erscheint die Beherrschung der Natur als Wesensmerkmal der westlichen Zivilisation lange bevor Ökologie zum Schlagwort geworden ist.

Die Analyse der Vernunft geht einen Schritt weiter. Der Vernunftbegriff der westlichen Zivilisation wird als Fusion der Herrschaft mit einer technischen Vernunft entlarvt, die alle inneren und äußeren natürlichen Kräfte unter die Kontrolle des menschlichen Subjekts bringen will. In diesem Prozess aber höbe sich das Subjekt selbst auf, und keine soziale Macht (analog dem Proletariat) sei mehr in der Lage, dem

Subjekt zu seiner Emanzipation zu verhelfen. Konsequenterweise lautet der Untertitel der „Minima Moralia“: „Reflexionen aus dem beschädigten Leben“.

In Adornos Worten: „Denn weil in der gegenwärtigen Phase der geschichtlichen Bewegung deren überwältigende Objektivität einzig erst in der Auflösung des Subjekts besteht, ohne daß ein neues schon aus ihr entsprungen wäre, stützt die individuelle Erfahrung notwendig sich auf das alte Subjekt, das historisch verurteilte, das für sich noch ist, aber nicht mehr an sich. Es meint seiner Autonomie noch sicher zu sein, aber die Nichtigkeit, die das Konzentrationslager den Subjekten demonstrierte, ereilt bereits die Form von Subjektivität selber.“

In einer Zeit, zu der es scheine, dass die Realität selbst zur Ideologie geworden ist, sei die Kritische Theorie geeignet, einerseits die dialektischen Widersprüche der individuellen sub-

Fortsetzung: Die Frankfurter Schule

jektiven Erfahrung zu erforschen und andererseits die Wahrheit der Theorie zu erhalten. Allerdings könne selbst die Dialektik zum Mittel der Herrschaft werden, da sie ihre Wahrheit nicht aus der Theorie selbst heraus gewinne, sondern aus ihrer Aufgabe im historischen Prozess. Sie müsse auf allgegenwärtiges Glück und Freiheit ausgerichtet bleiben. „Philosophie, wie sie im Angesicht der Verzweiflung einzig noch zu verantworten ist, wäre der Versuch, alle Dinge so zu betrachten, wie sie vom Standpunkt der Erlösung aus sich darstellten.“ Weit entfernt von einem klassisch marxistischen Standpunkt ist Adornos Folgerung: „Gegenüber der Forderung, die damit an ihn ergeht, ist aber die Frage nach der Wirklichkeit oder Unwirklichkeit der Erlösung selber fast gleichgültig.“ Vordenker waren Theodor W. Adorno, Walter Benjamin, Norbert Elias, Erich Fromm, Jürgen Habermas, Max Horkheimer, Leo Löwenthal, Herbert Mar-

cuse sowie Oskar Negt, Franz Leopold Neumann, Friedrich Pollock, Alfred Sohn-Rethel und Karl A. Wittfogel.

Kritik

Einerseits wurde der Frankfurter Schule vorgeworfen, sie sei von Horkheimer und Adorno dominiert gewesen. Diese hätten versucht, ein Interpretationsmonopol zu errichten. Andererseits wurde ihr ein Begriffsimperialismus vorgeworfen, der z.B. den Begriff des Positivismus vollkommen negativ überdehnt habe.

Die Kritische Theorie selbst wird vor allem hinsichtlich zweier Aspekte kritisiert:

Die intellektuelle Perspektive der Frankfurter Schule sei in Wirklichkeit eine romantische, elitäre Kritik der Massenkultur im neomarxistischen Gewand: Was die Theoretiker wirklich ärgere, sei nicht die soziale Suppres-

sion, sondern das Faktum, dass die Massen Ian Fleming und den Beatles gegenüber Samuel Beckett und Anton Webern den Vorzug geben.

Von Seiten des orthodoxen Marxismus wird kritisiert, dass die Kritische Theorie selber eine Form des bürgerlichen Idealismus darstelle, die keine inhärente Beziehung zur politischen Praxis habe und von jeder revolutionären Bewegung isoliert sei.

Georg Lukács pointierte die Kritik mit seiner Metapher, die Mitglieder der Frankfurter Schule lebten in einem „Grand Hotel Abgrund“, von dessen Terrasse aus sie bei einem Aperitif das Elend der Welt betrachteten.

Zu den bekanntesten Kritikern zählen Henryk Grossmann, Georg Lukács sowie Günter Rohrmoser.



von Stefan Tavernier

in der nächsten Ausgabe:

John Stuart Mill

Eugen Richter: Ein konsequenter Liberaler

Er gehörte zu den wortmächtigsten Kritikern Bismarcks. Der Fortschrittsliberale Eugen Richter (1838-1906) geißelte Flottenausrüstung und staatliche Sozialpolitik. Er prangerte den aufkommenden Antisemitismus an und er erkannte die Gefahr, die vom Sozialismus ausging. Vor 100 Jahren starb er.

Zeitgenossen war er als der wohl wichtigste Oppositionsführer gegen Bismarck und den darauf folgenden Wilhelminismus bekannt. Heinrich Mann setzte ihm und seinem Liberalismusverständnis in seinem Roman „Der Untertan“ ein literarisches Denkmal – ihm, der stets konsequent dem nationalistischen Machtstaatsglauben die Absage erteilt hatte.

Eugen Richter (1838-1906) war ein Liberaler der alten, klassischen Schule. Seine Wahl zum Bürgermeister von Neuwied erhielt daher 1864 von den preußischen Behörden nicht die erforderliche

Bestätigung. Sowohl als Aktivist im Genossenschaftswesen, bei seinem Engagement für Freihandel beim „Kongress deutscher Volkswirte“ als auch bei seiner (oft von der Zensur beanstandeten) publizistischen Tätigkeit eckte Richter schon früh bei der Obrigkeit an. Er wurde observiert und seine Wohnung von der Polizei durchsucht.

1867 wurde Richter in das Parlament des Norddeutschen Bundes gewählt, nachdem er zu den maßgeblichen Organisatoren des liberalen Wahlkampfes gehört hatte. Es war das letzte Mal, das die Liberalen ein gemeinsames Wahlzentral Komitee bildeten. Seit dem preußischen Verfassungsstreit hatten sich die Nationalliberalen von den Fortschrittsliberalen getrennt, um sich politisch mit Bismarck zu einigen. Solche Kompromisse hielt Richter – wohl nicht ohne guten Grund – stets für schädlich, und verblieb bei den Fortschrittlichen. Mit Bismarck sollte

Richter, der in einem Maße prinzipientreu war, dass ihm bisweilen der Ruf des Dogmatismus anhaftete, eine lange Gegnerschaft verbinden.

1869 folgte die Wahl in den preußischen Landtag, nach der Reichseiniigung 1871 die Wahl in den Reichstag, dem er bis zu seinem Tode als Parteiführer angehörte. Dort erwies er sich als einer der besten (und am meisten gefürchteten) Kenner der Haushaltspolitik des Parlaments, der mit unglaublicher Detailkritik der Regierung zu schaffen machte. Er gehörte zu den vehementesten Gegnern der Bismarckschen Abkehr von Freihandel (1878) und der Sozialgesetzgebung (1881ff). Die Popularität, die er damit erreichte, nutzte ihm und seiner Partei zunächst, da er Zulauf von enttäuschten Mitgliedern des linken Flügels der Nationalliberalen bekam. Diese liberale Erstarkung fand 1893 ihr Ende, als er zahlreiche Mitglieder der Fraktion ausschließen ließ, weil sie der Auf-

rüstungspolitik der Regierung zugestimmt hatten. Dies war politisch konsequent und sachlich richtig, leitete aber in fataler Weise die Spaltung und den Niedergang des Linksliberalismus ein.

Der Kampf gegen Aufrüstung und Militarismus war jedoch ein Eckpfeiler der Richterschen Überzeugungen, die für ihn unverhandelbar waren. Das Flottenprogramm und der Kolonialismus fanden in ihm einen gnadenlosen Kritiker. Das gleiche galt für die Einschränkung von Verfassungsrechten, ganz gleich ob sie im „Kulturkampf“ die Katholiken oder durch die „Sozialistengesetze“ die Sozialdemokratie betrafen. Letzteres darf nicht als Sympathie für die Sozialdemokraten missverstanden werden, denn im Sozialismus sah Richter fast die gleiche Gefahr wie im reaktionären preußischen Obrigkeitsstaat.

Richters Bedeutung lag nicht zuletzt in der Einführung moderner Wahlkampfmethoden mit durchorganisierter Agitation und hoher publizistischer Präsenz. Er richtete einen Publikationsfonds für die Partei ein und gründete den Verlag „Fortschritt“. 1885 lancierte er die täglich erscheinende „Freisinnige Zeitung“. Richter als unermüdlicher Autor selbst war in fast allen wichtigen Presseorganen der Zeit zu finden, die er unermüdlich mit Artikeln belieferte. Dank seiner dominierte der Fortschrittsliberalismus in der deutschen Presse. Hinzu kamen noch Buchpublikationen, von denen die von Richter verfassten „ABC-Bücher“, die kurz vor Wahlen herauskamen, die wirkungsvollsten waren. In ihnen erläuterte Richter in alphabetischer Reihenfolge die Themen und Stichworte der Zeit aus freisinniger Perspektive – von „Abgeordnetenhaus“ bis „Zolltarifvorlage“. Sein wohl berühmtestes Werk – das seither immer wieder aufgelegt wurde – waren dabei zweifellos die

1891 erschienenen „Sozialdemokratischen Zukunftsbilder“, einem kleinen Kurzroman über eine Zeit, in der der Sozialismus zur Macht gelangt war. Richter schilderte darin ein fiktives Familienschicksal in einer (nicht so fernen) Zukunft, in der die Sozialdemokraten die Herrschaft gewonnen haben. Die sich verbreitende Not und Knappheit werden lebensnah geschildert, ebenso der zunehmend autoritär-repressive Charakter des sich ursprünglich radikal demokratisch gebenden politischen Systems. Am Schluss sieht sich das Regime gezwungen, die Grenzen zu schließen und auf fliehende Auswanderer schließen zu lassen. Der „real-existierende“ Sozialismus der „DDR“ wurde so in geradezu seherischer Weise vorweggenommen.

Gegen Ende seines Lebens widmete sich Richter daneben auch dem Kampf gegen den Antisemitismus, der von Bismarck geschickt instrumentalisiert wurde und auch unter Nationalliberalen immer mehr salonfähig wurde.

Verbittert äußerte sich Richter 1892: „Die antisemitische Bewegung erscheint bei weitem verwerflicher als die sozialistische Agitation. Sie richtet sich nicht bloß gegen äußere Besitzverhältnisse, sondern gegen die Menschen an sich und ihre Abstammung.“ Obwohl unter Zeitgenossen zu den bekanntesten Oppositionellen gehörend, hat Eugen Richter nie den Nachruhm erlangt wie andere Gegner Bismarcks – etwa der Sozialdemokrat August Bebel. Das mag mit seiner schwierigen Persönlichkeit zu tun haben, die an den Spaltungen des Fortschrittsliberalismus sicher ihren Anteil hatte. Wahrscheinlicher ist, dass das, wofür Richter stand, zu viele unangenehme Wahrheiten enthielt. Seine Kritik an Aufrüstung und Imperialismus, sein Einsatz für Marktwirtschaft und Freihandel, sein Glaube an Selbstorganisation und Genossenschaftswesen als Alternative zum Sozialeratismus, seine Anklagen gegen den Antisemitismus waren schlichtweg hellsichtig. Sie zu befolgen hätte Deutschland

und der Welt am Vorabend des Ersten Weltkriegs viel Ärger erspart. Aber sie standen nicht mit dem Zeitgeist im Einklang, der eine andere Richtung eingeschlagen hatte.

Man zog es schon bald vor, ihn als veralteten „Manchesterliberalen“ abzutun. Dieses Bild findet sich bis heute in der Geschichtsschreibung. Dabei war Richter nur ein Liberaler konsequenter Ausprägung, dem es um die Freiheit in allen Lebensbereichen ging – und nicht nur um wirtschaftliche Freiheit. Solch eine Position hatte es in Deutschland immer schon schwer. Doch für ihn war klar, was er im Jahre 1896 auf den Punkt brachte:

„Die wirtschaftliche Freiheit hat keine Sicherheit ohne politische Freiheit, und die politische Freiheit findet ihre Sicherheit nur in der wirtschaftlichen Freiheit.“

gekürzte Fassung nach:
Dr. Detmar Doering

<http://www.auswaertiges-amt.de/>

Hier gibt es alle wichtigen Informationen zu den Themen:

- Stand der bilateralen Beziehungen, aktuelle Reisewarnungen und Sicherheitshinweise,
- Einreisebestimmungen,
- Medizinische Hinweise zu einzelnen Ländern,
- Zollvorschriften,
- Vertretungen fremder Staaten,
- Deutsche Auslandsvertretungen,
- Konsularischer Service,
- Informationen des Gesundheitsdienstes,
- Vereinte Nationen
- Völkerrecht
- Frieden und Sicherheit
- Menschenrechte
- Humanitäre Hilfe
- Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik
- Förderung der Außenwirtschaft
- Globale Herausforderungen

<http://www.sprichwort.ch/>

Sprichwörter kann man immer gebrauchen – ob im Alltag, als Party-, Vereins- oder Was-auch-immer-slogan, für Glückwunschkarten und für Abschlussarbeiten jeglicher Art. Diese Website bietet ein wunderbares Sammelurium deutscher Sprichwörter.

Dank der Suchfunktion kann nach bestimmten Begriffen einfach gesucht werden, so zum Beispiel nach: *Freiheit*. In dieser Kategorie wurden 268 Sprichwörter gefunden. Dazugeordnet wurden dann auch so genannte Verwandte Kategorien, wie: *Sklaverei, Gleichheit, Knechtschaft, Gesetz, Ordnung, Kette, Wahrheit, Wille, Volk, Liebe, Herrschaft, Denken, Willkür, Mensch, Gedanke, Ehe, Vernunft, Gerechtigkeit*.

<http://fifaworldcup.com/>

... die offizielle website zur Fußball WM2006

Auch als Bis-jetzt-noch-nicht-Fußball-Fan kommt man in diesem Jahr nicht am Fußballsport vorbei. Damit alle Fußball- und Vielleicht-bald-Fußball-Fans auch immer gut informiert sind bietet diese Website alle Informationen zu:

- WM 2006 Tickets
- Mannschaften
- Gruppen & Tabellen
- Spielplänen
- Vorrunden
- Videos
- Fan Festen
- Hotels
- Kampagnen & Kultur
- Früheren FIFA-Weltpokalen™
- Klassiker-Videos
- Großen Trainern, Spielern...
- Geschichte der FIFA

<http://www.verkehrportal.de/>

Zu schnell gefahren und geblitzt worden?... auf dieser Website kann berechnet werden, was es kostet und welche möglichen Sanktionen folgen können: Verwarnungsgeld, Bußgeld, Punkte und Fahrverbot.

Weiterhin werden viele Informationen zu den Themen Verkehrsrecht, „Ordnungswidrigkeiten im Straßenverkehr“, „Verjährung von Verkehrsordnungswidrigkeiten“, „Abschleppen von Kfz erlaubt...??“, u.v.m. geboten. Man findet die wichtigsten Gesetze und Verordnungen des deutschen Verkehrsrechts auf einen Blick; StVG, StVO, StVZO, FeV, Bußgeldkatalog, IntKfzVO jeweils mit bequemer Suchfunktion ...

Auch gibt es alles zu Fahrschulen, Fahrlehrerverbänden, Lehrmitteln, Theorieprüfung, Tankstellen, Blitzern, Überwachungstechnik, Radarwarnern...

Der Juli ist UNSER Monat: DER JULI-AKTIONSMONAT!!!

vom 01.06.2006 bis 09.07.2006 Ausstellung „Freiheit wollen wir!“ Ort: Brandenburg a.d.H. www.fnst.org	Programmatisches Wochenende - Das jugendpolitische Forum der Friedrich-Naumann-Stiftung Ort: Gummersbach www.fnst.org	18. 06.2006 Landeskongress in Neinstedt www.julis-lsa.de	vom 23.07.2006 bis 29.07.2006 Europe & Liberty - Sommerakademie: Klassischer Liberalismus Ort: Gummersbach www.fnst.org
01.06.2006 Innovation im Hochschulbereich durch internationalen Ideentransfer: Kanadische Hochschulen als Vorbild. Ort: Kiel www.fnst.org	vom 12.06.2006 bis 16.07.2006 Online-Marketing Ort: Halle www.fnst.org	vom 02.07.2006 bis 07.07.2006 Überzeugen durch freie Rede - Grundlagenseminar Rhetorik Ort: Gummersbach www.fnst.org	vom 24.07.2006 bis 26.07.2006 Freiheit, Verantwortung und Bildung - Grundlagenseminar Liberalismus Ort: Gummersbach www.fnst.org
vom 06.06.2006 bis 26.06.2006 Mit Blogs Politik machen? Ort: Internet www.fnst.org	24.06.2006 Sag' Deine Meinung! - Schülerzeitungsseminar Ort: Berlin-Mitte www.fnst.org	15. 07.2006 Beachvolleyballturnier Ort: Barleber See bei Magdeburg. www.fnst.org	Außerdem feiert die Stadt Halle ihr 1200 jähriges Jubiläum. Viele tolle Veranstaltungstermine findet ihr auf: www.halle.de
vom 09.06.2006 bis 11.06.2006 Liberalismus pur! Politisch	vom 16.06.-18.06.2006 Wochenendseminar „Liberaler Perspektiven“ der Jungen Liberalen Sachsen-Anhalt in Neinstedt/ Harz www.julis-lsa.de	16.07.2006 Liberales Familienfest Niedersachsen/ Sachsen-Anhalt im Flecken Diesdorf in der Altmark www.fdp-lsa.de	alle Termine unter Vorbehalt, mehr Infos unter www.julis-lsa.de

Impressum

Junge Liberale Sachsen-Anhalt e.V.
Große Ullrich Straße 44
06108 Halle (Saale)

V.i.S.d.P.
Stefan Thurm
Landesvorsitzender

Redaktion
Christine Sobczyk
Stefan Tavernier
Sven Haller

Kontakt:
redaktion@julis-lsa.de
www.julis-lsa.de

Die nächste Julix-News

erscheint am 15. August 2006
Einsendeschluss : 31. Juli 2006